

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 12. März 2020, 19:00 Uhr, Rathausaal

Vorsitz: Pauli Christian, Einwohnerratspräsident

Anwesend: Mitglieder des Einwohnerrats 44
Mitglieder des Gemeinderats 7
Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber
Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin

Entschuldigt
abwesend: Sigrist Thomas, Präsident Schulpflege
Aebi Marcel, CVP
Gilgen Martin, SVP
Kisa Besir, SP
Minder Marie-Madeleine, EVP
Mollet Desireé, FDP
Scherer Sylvia, SVP

- Traktanden:
- 1 Einwohnerrat; Protokolle der Sitzungen vom 9. und 12. Dezember 2019 sowie 30. Januar 2020 (2020-0064)
 - 2 Inpflichtnahme von Zoller Markus, CVP (anstelle des zurückgetretenen Michel Roland, CVP) (2020-0063)
 - 3 Dringliche Motion Huser Michaela, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Darstellung von gebundenen Ausgaben; Rückzug (2020-0183)
 - 4 Kreditbegehren von Fr. 32'000.00 (inkl. MwSt) für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeindeverwaltung Wettingen; Ablehnung (2019-0988)
 - 5 [Postulat Fraktion FDP vom 5. September 2019 betreffend Führungsstruktur der Schule Wettingen nach Abschaffung der Schulpflege; Überweisung \(2019-1273\)](#)
 - 6 [Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Vergütung Photovoltaik \(PV\)-Strom; Überweisung \(2019-1269\)](#)
 - 7 [Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne, und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Reglement bei freier Vergabe von Gemeindeaufträgen; Ablehnung \(2019-1268\)](#)
 - 8 [Postulat Fraktion FDP vom 9. Dezember 2019 betreffend Sportkoordinationsstelle Wettingen; Überweisung \(2019-1584\)](#)
 - 9 [Interpellation Scheier Ruth Jo., Palit Orun, Ernst Manuela und Hiller Yvonne, alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Verkehrsberuhigung Märzengasse; Reduktion des Schleichverkehrs; Beantwortung \(2020-0099\)](#)

[10](#) [Interpellation Ernst Manuela, GLP, vom 30. Januar 2020 betreffend Sportkoordinator; Beantwortung \(2019-1267\)](#)

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur 19. Sitzung der laufenden Legislatur und der zweiten des laufenden Jahres. Einen besonderen Gruss richte ich an die Gäste auf der Tribüne. Wir haben heute drei Damen der kantonalen Fachhochschule für Heilpädagogik bei uns zu Besuch. Sie üben das Übersetzen in Gebärdensprache. Auch die Damen und Herren der Medien begrüsse ich und freue mich, ihre informativen und sachlichen Berichte zu lesen. Für unsere Sicherheit sorgt heute Kpl Patricia Gerber. Besten Dank.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

- a) **Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Reduktion des Gemeinderats von sieben auf fünf Mitglieder "Effizientere Exekutive" (2020-0363)**

Antrag

Die Grösse des Gemeinderats von Wettingen ist von sieben auf fünf Mitglieder zu reduzieren. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Wir erhoffen uns durch die Reduktion des Wettinger Gemeinderats eine effizientere und effektivere Exekutivarbeit. Gleichzeitig kann damit ein konkreter Beitrag dazu geleistet werden, die Ausgaben in Wettingen nachhaltig zu senken

- b) **Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Reduktion des Einwohnerrats von 50 auf 40 Mitglieder "Effizientere Legislative" (2020-0365)**

Antrag

Die Grösse des Einwohnerrats Wettingen ist von 50 auf 40 Mitglieder zu reduzieren. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Der Einwohnerrat Wettingen zeichnet sich durch eine sehr hohe Fluktuationsrate aus. Dies führt zu einem Knowhow-Verlust der Legislative, was nicht im Sinne der Bevölkerung ist. Wir erhoffen uns durch die Reduktion der Anzahl Ratsmitglieder auch eine bessere Debattenkultur sowie eine effizientere und effektivere Ratsarbeit. Gleichzeitig kann damit ein konkreter und nachhaltiger Beitrag geleistet werden, die Ausgaben in Wettingen zu senken

c) Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Reduktion des Salärs des Gemeindeammanns "200'000 sind genug" (2020-0366)

Antrag

Das Brutto-Jahressalär des Gemeindeammanns von Wettingen ist auf Fr. 200'000.00 zu begrenzen. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Der Lohn des Gemeindeammanns in Wettingen zählt zu den höchsten Exekutivgehältern der Schweiz, insbesondere unter Berücksichtigung der Grösse der Gemeinde. Mit dieser massvollen Reduktion kann ein konkreter Beitrag dazu geleistet werden, die Ausgaben der Gemeinde nachhaltig zu senken.

d) Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Reduktion des Salärs der Gemeinderäte "Solidarischer Gemeinderat" (2020-0369)

Antrag

Die Brutto-Jahressaläre von Vizeammann, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten von Wettingen sind pauschal um jeweils 15 % zu kürzen. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Mit dieser Massnahme kann ein konkreter Beitrag dazu geleistet werden, die Ausgaben in Wettingen nachhaltig zu senken.

e) Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Reduktion der Sitzungsgelder der Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte "Solidarischer Einwohnerrat" (2020-0370)

Antrag

Die Sitzungsgelder für Wettinger Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind um 15 % auf Fr. 85.00 pro Einwohnerratssitzung zu reduzieren. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Mit dieser Massnahme kann auch der Einwohnerrat einen konkreten und massvollen Beitrag dazu leisten, die Ausgaben der Gemeinde Wettingen nachhaltig zu senken.

f) Motion Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP, vom 12. März 2020 betreffend keine automatische Lohnerhöhung für Gemeinderäte und Schulpflege (2020-0371)

Antrag

Die Löhne von Gemeindeammann, Vizeammann, Gemeinderätinnen und Gemeinderäten sowie der Schulpflege¹ sollen in Zukunft durch den Einwohnerrat so festgelegt werden, dass der Einwohnerrat jeweils vor Beginn einer neuen Legislaturperiode die Löhne der Gemeindeexekutive und der Schulpflege für die Dauer der folgenden Legislaturperiode festlegt. Gemeindeammann, Vizeammann, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Schulpflege sollen damit nicht mehr in den Genuss von generellen Lohnerhöhungen für das Gemeindepersonal kommen. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Heute profitieren von generellen Lohnerhöhungen für das Gemeindepersonal auch die Exekutivmitglieder sowie die Schulpflege. Dieser Automatismus ist störend. In Zukunft soll der Einwohnerrat jeweils vor Beginn einer neuen Legislaturperiode die Löhne der Gemeindeexekutive und der Schulpflege festlegen. Damit kann ein konkreter und nachhaltiger Beitrag geleistet werden, die Ausgaben in Wettingen zu senken.

¹ *Schulpflege vorbehältlich ihrer Nicht-Abschaffung anlässlich der kantonalen Volksabstimmung vom 17. Mai 2020.*

g) Postulat Palit Orun, GLP, und Fricker Martin, SVP vom 12. März 2020 betreffend transparenter Einwohnerrat (2020-0372)

Antrag

Die Abstimmungsergebnisse im Wettinger Einwohnerrat sollen in Zukunft transparent festgehalten werden, indem die Stimmenzählenden nicht nur das Stimmenverhältnis festhalten, sondern auch das individuelle Stimmverhalten jedes Mitglieds des Einwohnerrats protokollieren. Das Stimmverhalten ist im jeweiligen Protokoll der Einwohnerratssitzung festzuhalten. Die Umsetzung hat so zu erfolgen, dass sie auf Beginn der nächsten Legislaturperiode am 1. Januar 2022 wirksam wird. Die entsprechenden Reglemente sind anzupassen.

Begründung

Dies ist ein konkreter Beitrag zur Transparenz der Wettinger Legislative für die ganze Bevölkerung. Die geringfügige Verlängerung der Abstimmungsauszahlungen rechtfertigt sich bei weitem durch die so gewonnene Transparenz.

h) Postulat Notter Daniel, SVP, vom 12. März 2020 betreffend "Sportschule Wettingen" (2020-0375)**Antrag**

Der Gemeinderat Wettingen wird zusammen mit der Schulpflege eingeladen, zu prüfen, ob in Wettingen künftig eine Sportschule oder Sportklasse für Schülerinnen und Schüler aus Wettingen und der Region geführt werden kann. Die Prüfung soll auch den Einbezug von Wettinger Privatschulen prüfen.

Die Prüfung sollte zudem eine grobe Schätzung der Finanzierungsmöglichkeiten, inklusive allfälliger Beiträge durch Swisslos, kantonale und nationale Stiftungen, kantonalen- und Bundessubventionen sowie Sportverbänden, mitberücksichtigen.

Begründung

Im Sportleitbild hält die Gemeinde Wettingen folgendes fest: "Die Förderung des aktiv betriebenen Sports ist eine Aufgabe von öffentlichem Interesse."

Wettingen als Sportstadt und zugleich als eine der grössten Schulen in der Region kann den sporttalentierten Schülerinnen und Schülern aktuell kein eigenes Ausbildungsangebot anbieten. Sporttalente müssen Sportschulen in anderen Gemeinden oder Kantonen besuchen, was mit Kosten für die Eltern und die Wohngemeinde verbunden ist.

Sowohl in der Vergangenheit wie auch in der Gegenwart gab/gibt es einige Fälle von Wettinger/innen, die um eine solche Sportschule froh wären und durch ihre Leistungen gezeigt haben, dass sich eine Unterstützung auch im Sinne der Standortförderung sowie Wirkung auf den Breitensport positiv auf Wettingen auswirken können.

Sportschulen spielen bei der Förderung sportlich hochtalentierter Kinder und Jugendlicher eine wichtige Rolle. Die Führung einer Sportschule bzw. Sportklasse steigert die Attraktivität der Wohngemeinde Wettingen und des Schulstandorts Wettingen. Zudem wird es dem Label "Sportstadt Wettingen" gerecht, indem Sporttalente aktiv gefördert werden.

i) Interpellation Fraktion SVP vom 12. März 2020 betreffend Gebundene Ausgaben (2020-0378)

Im Interview mit der Limmatwelle vom 23. Januar 2020 bezeichnet der Gemeindeammann von Wettingen 80 % der Ausgaben als gebundene Ausgaben.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Was sind gebundene Ausgaben (Definition)?
2. Welche Ausgaben (Konten/Kontengruppen) sind in der Rechnung gebundene Ausgaben?
3. Welche Ausgaben (Konten/Kontengruppen) sind in der Rechnung gebundene Ausgaben, welche beeinflusst werden können?
4. Wie beurteilt der Gemeinderat die Entwicklung der gebundenen nicht beeinflussbaren Ausgaben in den nächsten 5 Jahren?

j) Interpellation Fraktion SVP vom 12. März 2020 betreffend Festausgaben (2020-0379)

In der Limmatwelle vom 13. Februar 2020 bestätigt der Gemeindeammann von Wettingen, dass nur die absolut notwendigsten Ausgaben getätigt werden dürfen, da kein rechtskräftiges Budget vorhanden ist. Mit schmerzhaften Folgen für die Vereine.

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Allgemeine Fragen

- a) Wie definiert der Gemeinderat Wettingen absolut notwendige Ausgaben?
- b) Welche Vereine, Institutionen, Anlässe werden durch die vom Gemeinderat ausgelösten Kürzungen betroffen sein?
- c) Nach welchen Kriterien werden die Kürzungen bestimmt?
- d) Wer zeichnet sich für die Entscheidung der Kürzungen verantwortlich?
- e) Wer zeichnet sich für die Kommunikation der Kürzungen verantwortlich?
- f) Auf welche gesetzlichen Grundlagen stellte sich der Gemeinderat Wettingen, die Festivitäten "Landammannfeier" trotz fehlendem Budget finanziell zu unterstützen?

2. Neujahrsapero

- a) Wurde eine Synergiennutzung mit dem Neujahrskonzert oder dem Neujahrsapero des HGV Wettingen geprüft?
- b) Aus welchem Grund wird der Neujahrsapero nicht in den gemeindeeigenen Räumlichkeiten durchgeführt? Kann sich der Gemeinderat vorstellen, den Neujahrsapero künftig in gemeindeeigenen Räumlichkeiten durchzuführen?
- c) Was sind die finanziellen Einsparungen, wenn der Neujahrsapero in einer gemeindeeigenen Räumlichkeit (Bsp. Aula Zehntenhof, Gemeindesaal, Tägisaal...) durchgeführt werden?

3. Landammannfeier

- a) Was sind die effektiven Gesamtkosten im Zusammenhang mit der diesjährigen Landammannfeier für die Gemeinde Wettingen?
- b) Was sind die effektiven Gesamtkosten für die Gemeinde Wettingen, für den öffentlichen Teil der Landammannfeier (Apéro für die allgemeine Bevölkerung in der Turnhalle der Bezirksschule)?
- c) Was sind die effektiven Gesamtkosten für die Gemeinde Wettingen, für die Feierlichkeiten der Landammannfeier (Geschlossene Gesellschaft)?
- d) Wie viele Arbeitsstunden und Lohnkosten wurden durch die Verwaltung für die Landammannfeier aufgewendet (Bsp. Gemeindepersonal wie Standortmarketing Frau Thut)?
- e) Wurde die Landammannfeier durch gemeindeeigene oder der Gemeinde nahestehenden Organisationen (Bsp. EWW, Tägi AG, Ortsbürger) finanziell unterstützt. Wenn ja, mit welchem Betrag?
- f) Nach welchen Kriterien hat die Gemeinde Wettingen seine Gäste zu den Feierlichkeiten der Landammannfeier (Geschlossene Gesellschaft) eingeladen? Wer zeichnet sich dafür verantwortlich?

k) Interpellation Fraktion SVP vom 12. März 2020 betreffend LOVA 2/Massnahme 1 (2020-0380)

Die Massnahme 1 der LOVA 2 hatte folgende Zielsetzung: Der neupositionierte Gemeinderat operiert mit einem reduzierten Personal-, Zeit- und Finanzaufwand.

Führungsebene (GR/GA)

Massnahme-Merkmale								Beschluss			Massnahme-Auswirkungen													
Tend. Adress	Tend. Status Quo	Text. Aufbau	Dringlichkeitskriterien	Notwendigkeitskriterien	Zielbedeutung	Personalbedarf	Finanzbedarf in CHF	Rückmeldung	Umsetzungsjahr	Umsetzung ab Jahr	Wirkung ab Jahr	Aufbauorganisation	Abbauorganisation	Hilfsmittel/Arbeitsweisen	Ressourcen	Ressourcen in CHF	Qualität	Sicherheit	Effektivität	ES-Ziele	Governance	Erfolg 2018 in 1000 CHF	Erfolgs-Delta in 1000 CHF	
X			3	3	12	10			J	2017	2022	X			X	X					X			150

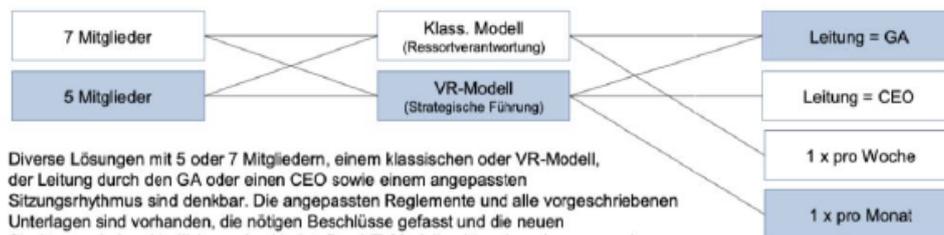
IST-Zustand:

Zurzeit existiert ein klassischer Gemeinderat mit 7 Mitgliedern und fester Ressortzuordnung. Der GA ist eine Vollzeitstelle, alle anderen Mitglieder wirken im Milizsystem.

Ziele:

Der neupositionierte Gemeinderat operiert mit einem reduzierten Personal-, Zeit- und Finanzaufwand.

Soll-Zustand:



Diverse Lösungen mit 5 oder 7 Mitgliedern, einem klassischen oder VR-Modell, der Leitung durch den GA oder einen CEO sowie einem angepassten Sitzungsrhythmus sind denkbar. Die angepassten Reglemente und alle vorgeschriebenen Unterlagen sind vorhanden, die nötigen Beschlüsse gefasst und die neuen Strukturen sind verbindlich verabschiedet. Das VR-Modell geht zudem davon aus, dass der Gemeinderat die operative Führung ihrer bisherigen Ressorts abgibt und sich lediglich noch den strategischen Aufgaben und Fragestellungen widmet.

Team:

GA (Dieth), GR (Kuster), GR (Maibach), ...

Ergänzende Unterlagen:

Massnahmenkatalog im A3 Format

Bemerkungen:

Die Reduktion auf 5 Mitglieder könnte ein positives Signal an alle Betroffenen sein! Wird die Ressortzuteilung beibehalten, dann müssten mindestens 2 GR jeweils 2 Ressorts betreuen. Umsetzung auf Anfang Legislaturperiode 2018-2021. Behandlung durch Gesamtgemeinderat. Die allfällige Umsetzung der gewählten Variante muss vor Beginn der Legislaturperiode 2018-2021 abgeschlossen sein.

Beschluss PSA:

Massnahme bearbeiten/umsetzen

Massnahme Position: 1

In diesem Zusammenhang stellen sich folgende Fragen:

1. Rückblick

- Was sind die Erkenntnisse der Prüfungen LOVA 2 zur Massnahmen 1?
- Welche Abklärungen wurden diesbezüglich getätigt?
- Wer war an der Massnahmenprüfung 1 und deren Entscheidung beteiligt?
- Was ist der gemeinderätliche Beschluss zur Massnahme 1?
- Ist das Ziel der Massnahme 1 nach Ansicht des Gemeinderates erreicht?
- Sind die mit der Massnahme 1 geplanten finanziellen Einsparungen von HF 150'000.00 erreicht?
- Aus welchen Gründen will der Gemeinderat am Status quo festhalten?
- Warum zeigt sich der Gemeinderat in der eigenen Veränderung so passiv?
- Was sind die drei nachhaltigsten Massnahmen der LOVA 2?

2. Ausblick

- a) Beabsichtigt der Gemeinderat dem Einwohnerrat für die nächste Legislatur eine Anpassung (Grösse Gemeinderat, Führungsmodell) vorzuschlagen? Welche weiteren Schritte sind diesbezüglich geplant?
- b) Welche LOVA 2 Massnahmen sind aktuell noch in der Umsetzung oder geplant?
- c) Wie zufrieden ist der Gemeinderat mit dem Stand der Erreichung seiner Legislaturziele 2017-2021?
- d) Welche drei Themenschwerpunkte möchte der Gemeinderat in den nächsten 5 Jahren angehen?
- e) Wie sieht die Personalbestandsplanung bzw. die Entwicklung des geplanten Personalbestandes (Stellenprozente) der Gemeinde Wettingen für die nächsten 3 Jahre aus?

0.2 Gratulationen

Im Namen des gesamten Einwohner- und Gemeinderats sowie dem Ratsbüro gratuliere ich Marie-Madeleine Minder zur Geburt ihrer Tochter Amélie Sophie. Sie kam am 3. Februar 2020 zur Welt und erfreut sich bester Gesundheit. Wir wünschen Marie-Madeleine und ihrer Familie für die Zukunft viel Freude, viel Schlaf und nur das Beste.

0.3 Tischauflagen

- Einladung zur Klangwelt Lägern "Wo Wasser war, wird Klang"
- Neue Sitzordnung

0.4 Termine

Die Einwohnerratssitzung vom 12. November 2020 weist anspruchsvolle Traktanden wie die Totalrevision der Gemeindeordnung und des Geschäftsreglements auf. Wir gehen davon aus, dass es eine relativ lange Sitzung geben wird. Deshalb hat das Ratsbüro entschieden, am 19. November 2020 eine zweite Sitzung als Reservetermin einzuberufen. Ich bitte Sie, den Termin in Ihre Agenden einzutragen.

0.5 Rücktritte

Besir Kisa reichte am 10. März 2020 seinen Rücktritt ein. Er ist Mitglied der Fraktion SP/WettiGrünen und seit 28. Januar 2016 im Einwoherrat. Er tritt aus geschäftlichen Gründen aus dem Einwohnerrat zurück. Er schätzte die Unterstützung und Zusammenarbeit in der Fraktion SP/WettiGrünen und ebenso mit dem Einwohner- und Gemeinderat. Er bedankt sich für die spannende Zeit und wünscht uns für die kommenden Ratssitzungen viel Fingerspitzengefühl und für Wettingen nur das Beste.

0.6 Fraktionserklärungen

Scheier Ruth: Die Abstimmung zum Budget hat gesprochen. Es stellt sich die Frage, wie geht's weiter? Klar, das weitere Vorgehen ist geregelt, der Regierungsrat legt nun das Budget und den Steuerfuss fest. Uns stellt sich aber vielmehr die Frage, wie wir auf das deutliche Misstrauensvotum der Bevölkerung reagieren wollen. Es ist nun der Zeitpunkt innezuhalten und zu hinterfragen. Begangene Fehler lassen sich weder schönreden noch korrigieren. Daraus lernen ist aber erlaubt und erwünscht.

Geschätzter Gemeinderat, jetzt sind Führungskompetenzen gefragt. Als operatives Führungsorgan also genau Ihr Job. Gehen Sie auf die Bevölkerung ein, nehmen Sie die Anliegen ernst und reagieren Sie darauf. Einfach weiter machen wie bisher ist nicht zu empfehlen, ausser man hat schon aufgegeben oder die Gemeinde Wettingen liegt einem nicht wirklich am Herzen.

Nicht reagieren ist also keine Option. Erst recht dann nicht, wenn Sie, wie angekündigt, als Gremium unverändert wiedergewählt werden möchten. Die Fraktion GLP empfiehlt dem Gemeinderat also dringend, sich Gedanken zu machen und umgehend Verbesserungsmassnahmen einzuleiten. Zeigen Sie, dass Ihnen Wettingen und die Bewohner von Wettingen wichtig sind. Zeigen Sie Engagement für die Gemeinde und schreiten Sie motiviert voran. Übernehmen Sie die operative Führung, so wie es von Führungsorganen erwartet wird.

Wir wünschen Ihnen den Mut und den Willen, die Situation ernst zu nehmen. Der Einwohnerrat wird Sie dabei mit Sicherheit gerne, mit dem gesammelten Wissen, das hier vorhanden ist, unterstützen. Ideen und Lösungen sind jetzt gefragt, auch kreative, sowie Kommunikation, Fingerspitzengefühl, Kommunikation, Transparenz und Kommunikation. In etwa dieser Reihenfolge, Aufzählung nicht abschliessend. Denn sollte es bis zu den nächsten Wahlen nicht gelingen, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die Wettinger Politik wieder herzustellen, wagen wir keine Prognose zum nächsten Wahlausgang.

Huser Michaela: Auch wir möchten uns zu diesem wuchtigen Nein zum Budget äussern. Wir waren überrascht über die Wuchtigkeit. Die Reaktionen und der Entscheid des Gemeinderats erstaunten uns jedoch noch viel mehr und enttäuschen uns vor allem. Wieso wird beispielsweise der Skitag gestrichen statt Sponsoren dafür zu suchen oder eine Lägern Wanderung zu organisieren? Angesichts des Klimanotstands in Wettingen wäre das, ganz abgesehen von der Budgetdebatte, sowieso der einzig richtige Entscheid gewesen. Ausserdem hätten wir so auch gleich richtig schönes Standortmarketing gemacht. Das wäre bei den Medien sicher sehr gut angekommen. Wieso wird in der Wettinger Bibliothek gross die Information ausgehängt, dass jetzt Medien nun nur noch sehr sparsam eingekauft werden? Darf man davon nicht sowieso immer ausgehen? Und auf der anderen Seite stehen leider viele Ausgaben, wie beispielsweise die finanzielle Unterstützung der Landammannfeier und weitere Ausgaben, wie wir diese Woche den Medien entnehmen konnten. Es geht uns hierbei weniger um die Frage, ob dies oder jenes rechtlich korrekt ist. Es geht vielmehr um das Signal, das wir damit der Bevölkerung ausgesendet haben. Ein solches Verhalten, solche Reaktionen, sind nicht vertrauensfördernd und wir alle wissen, dass Vertrauen die Basis der direkten Demokratie bildet. Dieses Vertrauen müssen wir nun wieder aufbauen. Wir, der Einwohnerrat und der Gemeinderat, müssen jetzt anhand von Entscheiden und Daten beweisen, dass wir dieses Nein zur Steuerfusserhöhung ernst nehmen und etwas daran ändern wollen. Der finanzielle Engpass war schon lange absehbar. Wir haben es seit Jahren thematisiert. Immer wieder wiesen wir im Rahmen der Tägi-Sanierung darauf hin. Hätten wir zum Beispiel ab 2015 unsere eingereichte Schuldenbremse umgesetzt, befänden wir uns jetzt finanziell ganz wo anders. Auch mit kleinen Kürzungsanträgen wie beispielsweise bei Sitzbänken oder Bäumen versuchten wir immer wieder, dieses Loch mindestens nicht ganz so gross werden zu lassen. All diese Bemühungen stiessen leider auf taube Ohren. Der Bevölkerung wurde immer wieder verkauft, dass wir uns all diese tollen Dinge ohne eine Steuerfusserhöhung leisten können. Das hat sich nun gerächt.

Ich möchte mich meiner Vorrednerin anschliessen. Wir fordern konstruktive Ideen, Lösungsvorschläge und Kreativität. Auch wir arbeiten gerne mit.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir haben das Pilotprojekt

Fraktionserklärung ins Leben berufen und ganz klar abgemacht, dass ich nach 1,5 Minuten einmal klinge und nach zwei Minuten abbreche. Wenn Sie sich nicht an diese Regeln halten, werden wir dieses Pilotprojekt wieder einstellen. Es handelt sich um eine Idee des Ratsbüros um Ihnen eine Plattform zur Verfügung zu stellen. Wenn Sie aber einfach weiterreden, ist es denen gegenüber, die diese Zeitlimite einhalten, einfach nicht fair.

0.7 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen der Traktandenliste gewünscht.

1 **Einwohnerrat; Protokolle der Sitzungen vom 9. und 12. Dezember 2019 sowie 30. Januar 2020 (2020-0064)**

Die Protokolle werden genehmigt und der Protokollführerin Barbara Wiedmer und ihrem Team verdankt.

2 **Inpflichtnahme von Zoller Markus, CVP (anstelle des zurückgetretenen Michel Roland, CVP) (2020-0063)**

Der Einwohnerratspräsident nimmt:

Markus Zoller, CVP

in Pflicht, heisst ihn als Einwohnerrat herzlich willkommen und wünscht ihm für die kommende Ratstätigkeit viel Erfolg und Freude.

3 **Dringliche Motion Huser Michaela, SVP, vom 12. März 2020 betreffend Darstellung von gebundenen Ausgaben (2020-0183)**

Christian Pauli, Einwohnerratspräsident: Termingerecht ging die dringliche Motion "Darstellung von gebundenen Ausgaben" der Fraktion SVP ein. Es wurde festgestellt, dass sie rechtlich nicht zulässig ist, deshalb nicht eingereicht werden kann und somit die Abstimmung über die Dringlichkeit obsolet ist. Die Fraktion SVP hat die dringliche Motion deshalb zurückgezogen.

4 **Kreditbegehren von Fr. 32'000.00 (inkl. MwSt) für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeindeverwaltung Wettingen (2019-0988)**

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Das Eintreten wird nicht bestritten.

Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Gerne informiere ich Sie über die Prüfung des vom Gemeinderat beantragten Kredits von Fr. 32'000.00 (inkl. MwSt.) für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeindeverwaltung Wettingen durch die Finanzkommission. Die Finanzkommission hat das Geschäft an ihrer Sitzung vom 24. Februar 2020 behandelt. Sie konnte das Geschäft eingehend mit Gemeindeammann Roland Kuster besprechen und alle Fragen wurden beantwortet. Er stand der Kommission für die Prüfung und die Fragenbeantwortung persönlich zur Verfügung und nahm an der Kommissionssitzung teil. Herzlichen Dank an dieser Stelle für die offene und transparente Auskunft.

Im Rahmen der Prüfung kristallisierte sich folgende Kernfrage heraus: Wie versteht der Gemeinderat den Überprüfungsantrag? Der Gemeindeammann führte dazu aus, dass der Gemeinderat das Postulat als Prüfungsauftrag bestehender Modelle in der Verwaltungsführung interpretiert. Er betonte dabei, dass der Gemeinderat ein System anstrebe, das durch den Gemeinderat geführt wird. Also die Klärung der Fragestellung "wie der Gemeinderat die Verwaltung führen kann" und nicht "wie sich die Verwaltung führen lässt". Zudem weist er darauf hin, dass der Validierungsteil seitens Gemeinderat explizit beschlossen wurde. Die ganzheitliche Überprüfung soll dem Gemeinderat als Basis zur Beantwortung des Postulats und zur entsprechenden Antragsstellung dienen. Terminlich soll die Überprüfung im Zuge der Überarbeitung der Gemeindeordnung bis im Sommer 2020 erfolgen und als Weichenstellung für die nächste Legislatur herangezogen werden. Die Beratungsfirma ist nicht unbekannt und schon in diversen Gemeinden mit ähnlichen Aufträgen erfolgreich tätig gewesen, unter anderem in Baden und Neuenhof. Der offerierte Tagesansatz wurde in den Referenzgemeinden analog verrechnet. Der Auftrag an Sonderegger GmbH soll mit einem Kostendach erfolgen.

Sie haben aus der Vorlage sicherlich erkannt, dass der vorgesehene Lenkungsausschuss sehr klein gehalten ist und keine externen Personen enthält. Die Finanzkommission bekennt sich einerseits klar zur Gewaltentrennung Exekutive / Legislative, auch bei der Beantwortung von Postulaten. Andererseits hätte sie sich einen offeneren, proaktiveren Dialog mit den Postulanten vorstellen können, ja sogar begrüsst.

Auf die Frage bezüglich die Erkenntnisse aus dem LOVA-Teilprojekt "Führung" bestätigte der Gemeindeammann, dass bereits damals entschieden wurde, die Anzahl Gemeinderatsmitglieder bei der bisherigen Anzahl zu belassen. Zudem wurden die Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der einzelnen Ressorts optimaler festgelegt und weitere organisatorische Optimierungen vorgenommen.

Die Finanzkommission kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass das beantragte Vorhaben eine Weiterführung der LOVA ist. In diesem Sinne möchten wir vor allem, dass der Gemeinderat die Führungsfrage aus der LOVA-Massnahme Nr. 1 endlich offiziell beantwortet. Offiziell heisst, anhand eines Dokuments. Es stellt sich daher die Frage, ob das Ganze eine Alibiübung darstellt oder ob tatsächlich die Bereitschaft für Veränderungen besteht. Hier bitte ich um eine kurze Stellungnahme.

Der Gemeinderat erweckt den Eindruck, dass er nur Änderungen in den Zuständigkeiten und der Ablauforganisation mit den Ressortvorstehern hinterfragen will. Gesucht ist indessen ein personenneutrales Modell. Das heisst, dass der Gemeinderat die Frage zum Führungsmodell bis Ende 2019 hätte beantworten und das Ergebnis in die neue Gemeindeordnung hätte einfließen können. Aber dafür ist es definitiv zu spät. Der Wille einer Veränderung in der Führung ist für die Finanzkommission nicht spürbar, daher ist de facto auch kein Kredit erforderlich. Wir sind daher der Meinung, dass das Postulat nun eigentlich abgeschrieben werden könnte.

Unser Fazit lautet deshalb: Die Finanzkommission erachtet das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen als nicht zielführend. Das geplante Setting führt ihrer Ansicht nach nicht zu den erhofften Erkenntnissen, welche als Basis für mögliche Veränderungen hätten dienen können. Zudem erachtet die Finanzkommission das vorgeschlagene Vorgehen als nicht mit den Absichten der Postulanten kohärent. Wir hätten uns durchaus vorstellen können, sogar erwartet, dass der Gemeinderat das Thema selber bearbeitet, basierend auf dem Leitfaden des Kantons Aargau. Gegebenenfalls unter Miteinbezug interessierter Kreise, z. B. der Postulanten, der Fraktionen oder einem offenen Echoraum. Das alles sind Gründe, die dazu führen, dass wir dem Einwohnerrat empfehlen, den Kredit abzulehnen. Dies bei einem Abstimmungsverhältnis von 7 Ja, 0 Nein und 0 Enthaltung bei 7 Anwesenden.

Notter Daniel: Ich spreche nicht im Namen meiner Fraktion, sondern in eigenem Namen und starte mein Votum mit einem Zitat: "Wenn der Wind der Veränderung weht, bauen einige Menschen Mauern, andere Windmühlen." Wir haben es bereits von François Chapuis gehört, die Gemeindeammännerversammlung hat eine Studie zu diversen Führungsmodellen erarbeitet. Es gibt Gemeinden wie Wohlen oder Obersiggenthal, die aktuell an der Veränderung ihrer Organisationen arbeiten. Wettingen hat seit Jahren, man könnte sagen seit Jahrzehnten, das Modell mit sechs Gemeinderäten und einem Gemeindeammann. Der Gemeindeammann ist zugleich Chef der strategischen wie auch operativen Ebene. Ich denke, man kann es sicher als Modell, das sich bewährt hat, benennen. Ein Modell, das sicher Stärken, aber auch Schwächen aufweist. In meiner beruflichen Tätigkeit stelle ich fest, dass gerade junge Gemeindeschreiber, Finanz- oder Bauverwalter gerne mehr Verantwortung übernehmen. Sie denken immer mehr unternehmerisch und finden es sehr attraktiv in Gemeinden zu arbeiten, in denen sie mitwirken dürfen oder einen Teil der Geschäftsleitung innerhalb einer Gemeinde sein können. Ich spüre, dass sich hier etwas verändert. Wie jede Firma und Organisation muss sich auch eine Gemeinde immer wieder die Frage stellen, ob sie noch richtig aufgestellt, organisiert und attraktiv für junge Führungskräfte ist. Wir hörten es seitens der Finanzkommission: Der Gemeinderat will trotz LOVA 2 den Status Quo.

Ich komme zu den Kosten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer bei diesem Kredit ja stimmt, sagt ja zu Fr. 2'000.00 Beratungshonorar plus Spesen pro Tag. Wer hier ja stimmt soll bitte den Sportvereinen erklären, wieso sie für Hallenmieten mehr, den Täginutzern, wieso sie seit Kurzem Fr. 2.00 für die Parkplätze vor der Sporthalle bezahlen müssen und den Besuchern der Bibliothek, wieso man bei Bücher und Medien sparsam einkauft. Wenn man mit anderen Gemeinden vergleicht - Obersiggenthal hatte dieselbe Fragenstellung. Dort hat die CVP ein entsprechendes Postulat eingereicht und auch dort folgte der Gemeinderat mit einem Kreditantrag. Auch sie wollten, wie es nun bei uns der Fall ist, einen externen Berater beiziehen und beantragten einen Kredit von Fr. 20'000.00. Denken Sie daran, dass Obersiggenthal kein LOVA 2 hatte. Es sind also rund 30 % weniger als nun bei uns in Wettingen. Unser Gemeinderat will offenbar eine Luxuslösung und das ohne eine Gegenofferte einzuholen. Ich weiss, dass man sie nicht einholen muss. Trotzdem finde ich es störend. In unserer finanziellen Situation erwarte ich das. Es zeigt mir, dass der Gemeinderat die Sensibilität für heikle Geschäfte nicht hat und das Wort Sparsamkeit noch nicht bei ihm angekommen ist.

Nun noch zum letzten Teil, dem Lenkungsausschuss. Wir Postulanten hätten uns vorstellen können, zur Erarbeitung dieser ganzen Sache vielleicht die Autoren, die damals an der Studie für die Gemeindeammänner mitgewirkt haben, beizuziehen. So waren beispielsweise Yvonne Reichlin oder Professor Steiner involviert. Der Gemeinderat sieht aber vor, unter sich zu bleiben. Er setzt hier den Gemeindeammann, Vizeammann und den Gemeindeschreiber ein. Es ist mir wichtig zu erwähnen, dass ich nicht auf die Personen, sondern die Funktionen ziele. Diese drei Funktionen möchten das Ganze zusammen mit einem externen Berater führen. Den Dialog mit den Einwohnern bzw. Stakeholdern oder Einwohnerräten will er nur über diesen externen Berater führen. Ich glaube, wenn dieses Projekt wirklich substanziell etwas erreichen will, ist es unabdingbar, dass der Lenkungsausschuss von einer unabhängigen, verwaltungsexternen Persönlichkeit geführt wird. Der Gemeindeammann, Vizeammann und Gemeindeschreiber sind in ihrer Funktion befangen. Sie befanden sich ja bereits bei LOVA 2 im Lead und was dabei herauskam, ist bekannt: Status Quo.

Ich erinnere noch kurz an die Ziele der Massnahme 1 von LOVA 2 und lese diese vor: "Der neu positionierte Gemeinderat operiert mit einem reduzierten Personal-, Zeit- und Finanzaufwand." Die Finanzen sind auch nicht reduziert und ich glaube, das einzige, bei dem mir der Gemeinderat in meinem Votum zustimmen wird - der Zeitfaktor ist auch nicht reduziert.

Ich habe durchaus Verständnis für den Gemeinderat. Sich selber in Frage zu stellen, ist nicht einfach. Die Frage, ob fünf oder sieben Gemeinderäte, ist unangenehm. Vor allem, wenn alle wieder gewählt werden möchten. Wer sägt schon an seinem eigenen Ast? Entsprechend präsentiert uns der Gemeinderat heute einen lustlosen Kreditantrag. Ich habe etwas den Eindruck, dass der Gemeinderat lieber Mauern als Windmühlen baut. Liebe Kolleginnen und Kollegen, folgen Sie bitte dem Antrag der Finanzkommission und lehnen Sie dieses Kreditbegehren ab.

Bürgler Philipp: Ich spreche sowohl für die Fraktion FDP als auch als Mitpostulant. Ziel des Postulats war, die verschiedenen Führungsmodelle "Geschäftsleitungs- und Verwaltungsleitermodell" in der Verwaltung Wettingen zu prüfen und dadurch die strategischen und operativen Tätigkeiten des Gemeinderats weiter zu entflechten. Es scheint uns, dass das vorliegende Kreditbegehren dieses Ziel aus verschiedenen Gründen nicht verfolgt. Erstens besteht der Lenkungsausschuss zum grössten Teil aus Vertretern des Gemeinderats und der Verwaltung. Auch wenn es sich um eine operative Angelegenheit handelt, wäre es wirklich wünschenswert, eine unabhängige Sichtweise zu haben. Herr Sonderegger als Berater ist in seiner Sicht zwar extern, teilweise jedoch durch die Bezahlung und Abhängigkeit durch die Gemeinde beeinflusst. Zweitens werden nicht nur die verlangten Modelle der Gemeindeammännerversammlung geprüft, sondern geht die Analyse weiter und wurde vom Gemeinderat noch ausgebaut. Die Erkenntnisse, die bereits anhand der LOVA oder seitens Kanton gewonnen wurden, werden nicht verwendet und neue Informationen und Organisationsmodelle werden teuer zusammengestellt. Dritter und fast wichtigster Punkt ist das Ziel, die Auswirkungen dieser beiden Gemeindemodelle in der Verwaltung und Führung von Wettingen sehen zu können und die Einschätzung des Gemeinderats einzuholen. Ein Gespräch mit den Postulanten und eine Einschätzung des Gemeinderats hätten wahrscheinlich schon genügt, um es ohne grosse externe Kosten zu erledigen. Auf uns wirkt es, als wäre bei dieser Vorlage kein wirklicher Wille für Veränderung vorhanden. Das Ergebnis dieser Analyse scheint absehbar. Deshalb können wir dem Kreditbegehren von Fr. 32'000.00 für eine externe Analyse nicht zustimmen und folgen dem Antrag der Finanzkommission.

Gujer Mia: Dass in Wettingen nicht alles rund läuft, dürfte uns allen klar sein. Für unsere Fraktion hat das Trennen des Operativen vom Strategischen Priorität. Eine externe Analyse könnte die dafür notwendige Einsicht erbringen. Allerdings bezweifeln wir stark, dass der Einwohnerrat danach bereit ist, die nötigen finanziellen Mittel für die daraus folgenden Massnahmen zur Verfügung zu stellen. Wo liegt der Zweck darin, Probleme heraus zu kristallisieren, wenn schlussendlich nichts dagegen unternommen wird? Nach der Abstimmung vom 9. Februar 2020 müssen wir uns zudem überlegen, wo wir finanzpolitisch Prioritäten setzen. Unter diesen Umständen sind wir der Meinung, dass das Kreditbegehren und die damit verbundene Analyse an sich zurzeit keinen Sinn machen. Das, obwohl wir an den Ergebnissen durchaus interessiert wären.

Widmer Franziska: Ich mache es etwas kürzer und plakativer als meine Vorredner: Nach dem überdeutlichen Resultat der Budgetabstimmung wäre es nun ein falsches Zeichen, Fr. 32'000.00 für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeinde zu sprechen, auch wenn der Zeitpunkt eigentlich richtig wäre. Wir haben es im Fraktionsbericht schon angesprochen. Wenn das Anliegen auf die nächste Legislaturperiode umgesetzt werden soll, müsste es bis Ende Jahr abgeklärt, behandelt und beschlossen sein. Für die Fraktion EVP/Forum 5430 ist es aber keine Herzensangelegenheit, darum stehen wir dem Kreditbegehren negativ gegenüber. Für den Fall, dass dieses heute im Rat abgelehnt wird, stellen wir den Antrag, dass der Vorstoss 2019-0988 abgeschrieben und das momentane Modell beibehalten wird.

Vielleicht ist das Umfeld für ein anderes Führungsmodell der Gemeinde nach der Legislatur 2022/2025 besser und das Anliegen wird von irgendjemandem zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgegriffen.

Wassmer Christian: Wo ein Wille ist, ist ein Weg. Wo kein Wille ist, ist kein Weg. Das vorliegende Kreditbegehren über Fr. 32'000.00 für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeindeverwaltung lehnen wir ab und folgen damit dem Entscheid der Finanzkommission. Es ist offensichtlich, dass der Gemeinderat den Status Quo nicht aktiv hinterfragen bzw. die verschiedenen Organisationsmodelle der Gemeindeammännerversammlung prüfen will. Es ist deshalb kein Mehrwert durch diese Investition zu erkennen. Wir können uns den finanziellen, aber auch personellen Aufwand sparen.

Palit Orun: Ist es nicht offensichtlich, dass der Gemeinderat die Projektkosten so hoch angesetzt hat, um das Projekt zu bodigen? Wir werden hoffentlich noch eine Erklärung hören. Fr. 32'000.00 sind einfach zu viel. Die Fraktion GLP würde es begrüßen, wenn man das Alternativmodell gegenüber dem jetzigen analysieren würde. Das Volk hat mit 73 % entschieden, dass es mit der jetzigen Politik nicht einverstanden ist. Man muss auch das Gemeindeführungsmodell unter die Lupe nehmen. Man muss ausfindig machen, welches Modell für Wettingens Grösse am geeignetsten ist. Dass die Auswahl des Führungsmodells Aufgabe der Exekutive ist, mag zwar so sein, aber das Erarbeiten der Pros und Kontras jedes Modells hätte man deswegen nicht outsourcen müssen. Der jetzige Gemeinderat weist schon etwas die Tendenz auf, viele Berater und auswärtige Experten für viel Geld zu engagieren. Wir sind der Meinung, dass auch hier im Einwohnerrat viel Know how vorhanden wäre und sicher auch in der Verwaltung. Viele Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte sind dazu bereit, sich mehr für das Wohl der Gemeinde einzusetzen. Der Gemeinderat hätte eine Arbeitsgruppe aus Mitgliedern aller Fraktionen und Vertretern aus der Gemeindeverwaltung zusammenstellen sowie einen Experten, der alle Modelle kennt, anstellen können. Für Fr. 2'000.00 hätte dieser an vielleicht zwei Abenden eine Arbeitsgruppe unterstützen können. Der Gemeinderat zeigt einfach zu wenig unternehmerisches Denken. Wir lehnen dieses Kreditbegehren nicht nur wegen dessen Höhe, sondern auch der Projektorganisation wegen ab.

Fricker Martin: Der Präsident der Finanzkommission, François Chapuis hat Ihnen sehr gut und klar dargelegt, wieso die Finanzkommission zu diesem einstimmigen Ergebnis gekommen ist, das Kreditbegehren abzulehnen. Die Fraktion SVP unterstützt diesen Antrag einstimmig. Wir stellen fest, dass im Gemeinderat kein Wille vorhanden ist, die Gemeindeführung ernsthaft zu diskutieren. Er will am Status Quo festhalten und dafür brauchen wir keine Fr. 32'000.00

Scherer Kleiner Leo: Die Abstimmungsfrage zum Budget war: "Wollen Sie dieses Budget mit diesem Steuerfuss annehmen oder nicht?" Die Frage lautete nicht, ob es eine politische Malaise gibt bzw. der Gemeinderat alles falsch mache oder nicht. Ich verwehre mich wirklich vehement gegen diese Pseudo-Interpretationen, die hier nun geboten werden, was dieses Nein noch alles bedeuten soll. Es wurde schlicht ein Budget abgelehnt und nichts weiter.

Sie erkannten es am Ergebnis der Abstimmung der Finanzkommission. Auch ich habe diesen Kreditantrag abgelehnt. Ich möchte schon noch auf die vorher gehörte Gelöbnisformel hinweisen. Wir haben alle geschworen, uns an das Gesetz zu halten. Das Gesetz bzw. die Verfassung sieht beispielsweise auch so etwas wie eine Gewaltentrennung vor. Es gibt Rollen der Exekutive und der Legislative, welche wir innehaben. Man soll dem anderen nicht hineinfunkeln und meinen, man müsse ihn kommandieren. Das ist nicht Teil der Rechtsordnung und des Staatsaufbaus. Wenn wir das hier nun ablehnen, verwehren wir dem Gemeinderat, sich selber evtl. auf eine

nächste Legislatur in irgendeiner anderen Form zu organisieren oder zu konstituieren und diese Konstituierung von sich selber als Exekutive ist seine und nicht unsere Sache. Das sollten wir schon auch im Auge behalten und all diese Wünsche wie die einer Begleitkommission, die zu sagen hat, was der Gemeinderat zu tun hat, sind nicht vorgesehen und sollen deshalb auch nicht verlangt werden.

Burger Alain: Auch ich spreche als Mitunterzeichnender dieses Postulats. Meine Fraktion und auch Leo Scherer haben bereits gesprochen. Erstens: Die Überprüfung und die möglicherweise daraus resultierende Einführung eines neuen Führungsmodells ist Sache des Gemeinderats, wie es Leo Scherer soeben erklärt hat. Zweitens, und das ist uns auch allen klar, hat Wettingen kein Geld mehr. Wir müssen jetzt nicht über das Budget sprechen. Es ist nun so und der Kanton ist am Prüfen, was korrekt ist. Wir haben aber kein Geld mehr für eine kostspielige Organisationsanalyse, auch das ist klar. Ich bin, und deshalb habe ich mitunterzeichnet, immer noch davon überzeugt, dass eine klarere Trennung zwischen Politik und Verwaltung, das heisst zwischen strategischen und operativen Tätigkeiten, sinnvoll wäre. Der Gemeinderat hätte damit mehr Zeit, sich auf die strategische Ausrichtung und die Arbeit am Legislaturprogramm zu konzentrieren und gleichzeitig würde die Verwaltung durch mehr Verantwortung und Kompetenz interessanter werden. Geld sparen lässt sich damit allerdings nicht. Ich zitiere auch hier aus dem schon mehrfach genannten Leitfaden der Gemeindeammännervereinigung: "Die Realisierung von finanziellen Entlastungen sollte kein Ziel der Reorganisation sein. Die Erfahrung zeigt, dass Neuorganisationen immer mit einmalig anfallendem Mehraufwand und in der Tendenz auch mit wiederkehrenden Mehrkosten verbunden sind. Letzteres kann Folge einer höheren Entschädigung der Gemeinderatsmitglieder oder einen Ausbau der Verwaltung sein." Ich denke, damit ist die Sache für die Gemeinde Wettingen, in der jede neue Stelle kostenneutral geschaffen werden muss, vorerst vom Tisch. Vorstösse ohne eindeutiges und klar nachgewiesenes Sparpotential sind in Wettingen nicht mehr mehrheitsfähig. Die Strassenbeleuchtung haben wir schliesslich auch erst anlässlich der Budgetdiskussion ausgeschaltet. Ich ging vor kurzem nachts die Landstrasse entlang. Die Atmosphäre ist wirklich düster. Hier helfen auch keine Leuchttürme und Sterne an der Limmat mehr. Vielleicht wird es, und das werden wir heute noch erfahren, dank klimaschonender Photovoltaik etwas besser. Doch unser Gemeinderat ist im Hinblick auf die Strategie und Legislaturziele einmal mehr gefordert.

Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Gemeinderat verwehrt sich klar und deutlich gegen die Vorwürfe, nicht veränderungswillig zu sein. Das muss ich klar und deutlich zurückweisen. Es gibt keine Anzeigen dafür. Im Gegenteil, wir haben diese Thematik entgegengenommen und möchten sie bearbeiten. Wenn man jetzt den Mut dazu nicht hat, dieses Geld aufzubringen, den Gemeinderat zurückpfeift und ihm unterstellt, er wolle nichts ändern, muss ich das ausdrücklich zurückweisen. Wieso bringen wir den Antrag jetzt? Weil wir im Moment in einer Begleitkommission diskutieren, wie die Gemeindeordnung der Zukunft aussehen soll und in Folge daraus das Reglement des Einwohnerrats. In dieser Diskussion wird bei der Gemeindeordnung die Frage aufkommen, mit wie vielen Mitgliedern der Gemeinderat in der Gemeindeordnung festgehalten sein wird. Das ist eine der Fragestellungen, die wir hier beantwortet haben müssen, damit wir dort aus unserer Optik eine klar basierte Rückmeldung geben können. LOVA 2 wurde erwähnt. Sie erinnern sich, dass der Gemeinderat beim damaligen Start noch etwas anders aussah. Damals wurde beschlossen, das Modell "sieben Gemeinderäte" zu beantragen. Damals hatten wir beispielsweise die Optik, gewisse Stabsfunktionen in einer Stabsabteilung zusammen zu fassen. Diese Angaben befinden sich im Schlussbericht von LOVA 2. Das bildete damals die Antwort, die vom Einwohnerrat nicht bestritten war. Die allererste Sitzung des neu zusammengestellten Gemeinderats hatte bereits zum Ziel, die Frage zu beantworten, wie wir unsere Verwaltung reformieren und neu organisieren wollen. Wir haben es übrigens auch als unser Legislaturziel angesehen, während dieser ersten Legislatur die Antworten zu

finden und sie danach in der Folgelegislatur möglichst umzusetzen. Die Arbeiten, damit am Schluss des Tages alles zusammenspielt und sich in die Diskussion zur Gemeindeordnung und dem Reglement des Einwohnerrats kumulieren wird, ist jetzt in dieser Zeit zu leisten. Der Gemeinderat wollte nun diese Frage angehen und Antworten finden.

Ich möchte noch zwei Punkte erwähnen. Beim einen handelt es sich um den Einbezug der Postulanten. Ich habe der Finanzkommission deutlich erklärt, dass wir gerne mit den Postulanten zusammenkommen möchten, aber nicht der Gemeinderat direkt, sondern der beauftragte externe Berater. Eben nicht in unserem Beisein. Es ist aber so, dass wir eine Trennung von Legislative und Exekutive haben. Als wir dieses Postulat 2019 entgegennahmen, habe ich übrigens bereits angekündigt, dass die Bearbeitung des Vorstosses nicht gratis sei. Das ist im Einwohnerratsprotokoll nachzulesen. In diesem Sinn waren wir der Auffassung, jetzt nicht in der Art einer Arbeitsgruppe zwischen Exekutive und Legislative arbeiten zu wollen, sondern wie üblich ein Thema zu bearbeiten und es nach Genehmigung durch den Gemeinderat dem Einwohnerrat zum Beschluss vorzuliegen.

Der zweite Punkt betrifft tatsächlich eine Frage, die bis heute in keiner Gemeinde digital gelöst werden konnte und auch mit keinem Führungsmodell vom Tisch ist: Die strikte Trennung zwischen operativen und strategischen Themen. Das können Sie in einer Firma tun. Wir, die in dieser Gemeinde tagtäglich ein- und ausgehen, tagtäglich durch die Strassen gehen, wir uns immer irgendwo in einer operativen Tätigkeit befinden, immer diejenigen sind, die das Gesicht nach aussen tragen – in diesem konkreten Fall ist eine klare Trennung zwischen operativen und strategischen Themen nicht möglich. Das ist in der Gemeindef Landschaft nirgends der Fall. Und trotzdem wollten wir es prüfen und für Sie eine Antwort bereithalten. In diesem Sinne bittet Sie der Gemeinderat, dem Kreditbegehren zuzustimmen.

Notter Daniel: Was der Gemeindeammann am Schluss erwähnt hat, ist zwar so, das Problem kennt man auch in der Privatwirtschaft. Aber auch dort gibt es Lösungen. Das Ganze beschäftigt mich schon etwas länger. Der Gemeindeammann hat erwähnt froh zu sein, da er das Thema sowieso auf den Tisch gebracht hätte. Ich bin mir nicht sicher, ob wir darüber gesprochen hätten, wenn dieses Postulat nicht eingereicht worden wäre. 2016 fragte ich den damaligen Gemeinderat, wie es mit dieser Massnahme 1 aussehe. Es hiess, es gäbe sowieso neue Wahlen, einen neuen Gemeindeammann usw. Man überlasse die Entscheidung ihnen. 2017 richtete ich eine E-Mail an den Gemeinderat. Evtl. wurdest du, Roland Kuster, nicht darüber informiert. Ich stellte die Frage, was bezüglich der Organisationform bzw. des Führungsmodells angedacht sei. Ich bekam die Antwort, dass es in der nächsten Legislatur geklärt werde und eine Variantenevaluation vorgesehen sei, beispielsweise fünf statt sieben Gemeinderäte. Ich habe mich immer wieder erkundigt. 2018 ging ich mal einen anderen Weg, fragt nicht den Gemeinderat, sondern die Verwaltung und dort hiess es, dass es in einer Schublade läge und wenn seitens Einwohnerrat nichts komme, nicht bearbeitet werde. Vielleicht erhält man manchmal von der Verwaltung die ehrlicheren Antworten als vom Gemeinderat.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 0 Ja- : 43 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 32'000.00 (inkl. MwSt.) für die Überprüfung des Führungsmodells der Gemeindeverwaltung Wettingen wird abgelehnt.

5 **Postulat Fraktion FDP vom 5. September 2019 betreffend Führungsstruktur der Schule Wettingen nach Abschaffung der Schulpflege; Überweisung (2019-1273)**

Gähler Judith: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats.

Fricker Martin: Im Namen der Fraktion SVP nehme ich zu diesem Traktandum Stellung und stelle den Antrag auf Ablehnung. Meine eigene Position zur Abschaffung der Schulpflege ist bekannt, darüber müssen wir nicht nochmals diskutieren. Mehrkosten ohne zusätzlichen Mehrnutzen und Demokratieabbau ist etwas, wofür ich niemals eintreten kann. Ich verstehe unter uns gesagt auch nicht, weshalb eine Fraktion, die zwei von fünf Mitglieder unserer Wettinger Schulpflege stellt, aktiv auf die Abschaffung dieser Behörde hinarbeiten kann. Die Fraktion SP/WettiGrünen hat es in ihrem Fraktionsbericht sehr schön ausgedrückt, in dem sie schrieb: "Ist das Szenario nach einer möglichen Abschaffung der Schulpflege nicht bereits konkret geregelt?" Das ist genau der Punkt. Meine Damen und Herren, wir stimmen am 17. Mai 2020 darüber ab, ob die Schulpflegen abgeschafft werden sollen oder nicht. Jetzt haben wir den 12. März. Wieso muss man jetzt ein Postulat einreichen, wenn überhaupt nicht klar ist, was mit den Schulpflegen geschieht? Falls sie effektiv abgeschafft würden, ginge ja die Verantwortlichkeit der Schulpflege per 1. Januar 2022 an den Gemeinderat über. Und der Gemeinderat hat vom 18. Mai 2020 bis am 31. Dezember 2021 mehr als 1,5 Jahre lang und somit genügend Zeit, sich mit der neuen Situation auseinanderzusetzen, zumal er ja engstens durch den Kanton begleitet wird. Es gibt Handreichungen, das BKS hat extra Beamte angestellt, die Informationen erarbeiten. Hier wird man eng begleitet und es benötigt im Voraus nichts. Und was geschieht, wenn die Schulpflege nicht abgeschafft wird? Dann haben wir hier und heute ein Postulat überwiesen, das für die Tonne ist. Dann haben wir wieder einmal ohne Mehrnutzen Mehrkosten generiert. Wir brauchen hier und heute keine weiteren Arbeitsgruppen für etwas, das noch nicht entschieden ist. Aus diesem Grund stelle ich im Namen der Fraktion SVP den Antrag auf Ablehnung des Postulats.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Es ist tatsächlich so, lieber Martin Fricker, dass wir den Ausgang der Abstimmung nicht kennen. Es wird eine emotionale Sache, davon bin ich überzeugt und wage keine Prognose. Was haben wir mit der Entgegennahme dieses Postulats vorgesehen? Wir werden keinen externen Berater einstellen, obwohl ich jetzt regelmässig Angebote entsprechender Firmen erhalte. Vorgesehen ist, dass wir nun bis Mai - und das tun wir so oder so - Informationen sammeln, beispielsweise über die Auswirkungen einer Abschaffung der Schulpflege auf die nächste Legislatur. Zusätzlich würden wir einen Zeitplan erstellen und uns Gedanken darüber machen, bis zu welchem Zeitpunkt wir was benötigen, um bereit zu sein. Wir würden uns ausserdem überlegen, in welcher Form wir die ganzen Übergangsarbeiten erledigen werden. Vermutlich wird dies mit einer Arbeitsgruppe geschehen. Wir werden Leute benötigen und diese vorgängig anfragen, um am 18. Mai 2020 loslegen zu können. So sieht unser Plan betreffend das Vorgehen mit diesem Postulat aus.

Gähler Judith: Lieber Martin Fricker, genau deshalb haben wir aus der Fraktion FDP mit zwei Vertretungen der Schulpflege dieses Postulat eingereicht. Wir haben beobachtet, dass es unter gewissen personellen Voraussetzungen schwierig ist, dass die Schulpflege mit dem Gemeinderat spricht. Die Arbeitsgruppe besteht bereits, wir arbeiten also schon in diese Richtung, aber leider nur auf der Ebene Schule. Wir finden es extrem wichtig, dass wir spätestens ab dem 18. Mai 2020, wenn es eine Veränderung geben würde, mit dem Gemeinderat zusammenarbeiten, nicht nur auf Ebene Schule.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 22 Ja- : 21 Nein-Stimmen, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss:

Das Postulat Fraktion FDP vom 5. September 2019 betreffend Führungsstruktur der Schule Wettingen nach Abschaffung der Schulpflege wird überwiesen.

6 **Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Vergütung Photovoltaik (PV)-Strom; Überweisung (2019-1269)**

Hiller Yvonne: Wir halten mit folgender Begründung am Postulat fest: Wir erinnern uns an die Energiestrategie 2050. 2017 hat die Schweiz Ja dazu gesagt. Ziel ist der Ausstieg aus der Atomenergie durch Stärkung der einheimischen erneuerbaren Energie. Je mehr erneuerbare Energien verfügbar sind, je weniger müssen wir Strom importieren. Billiger Atomstrom ist Vergangenheit. Solarstrom von neuen Solarpanel-Grossanlagen ist heute schon billiger. Von den Rückbaukosten von Atomkraftwerken reden wir erst gar nicht. Strom aus Wasserkraft macht ca. 60 % des Gesamtstroms aus. 15 % stammen noch aus Atomkraftwerken. Mehr Wasserkraft ist kaum noch zu holen. Windenergie resp. Windräder sind aus ästhetischen Gründen unerwünscht und um einen Drittel des Strombedarfs mit Sonne zu decken, braucht es viele Solaranlagen. Die EWW AG selber kann diesen Solarstrom nicht auf den eigenen Dächern oder gemeindeeigenen Gebäuden produzieren, sondern braucht Hilfe von Privathäusern.

Zu den Preisen und der Frage, wer hier was subventionieren soll: Die EWW AG bietet im aktuellen Preisblatt 100 % Solarstrom zur Wahl an. Diesen, meine Damen und Herren, zum Tarif von 12 bis 13 Rappen. Wenn private Erzeuger Solarstrom ins Wettinger Netz speisen, erhalten sie dafür 5 bis 6 Rappen. Das heisst, die EWW AG verdient an der Stromproduktion Privater die Hälfte des Preises. Dies, während der Aufwand bzw. die Kosten für Klein-PV-Anlagen nach wie vor gescheut werden, solche aber dringend nötig wären. In der Antwort des Gemeinderats wird wieder das Wort Subventionen bzw. Fördergelder verwendet. Nun aber verdient die EWW AG an der Differenz zwischen 6 und 12 Rappen statt den privaten Erzeugern einen vernünftigen Tarif weiterzugeben. Dem zahlenden Strombezüger werden schliesslich auch diese 12 bis 13 Rappen berechnet, unabhängig davon, ob er den Strom der EWW AG oder einem privaten Erzeuger abkauft. Wenn schon wird hier die EWW AG von den privaten Stromerzeugern subventioniert und nicht umgekehrt. Es sollte doch jeder Stromproduzent schlicht denselben Preis erhalten. Dem Privaterzeuger etwas mehr als 6 Rappen zu bezahlen, kostet uns keinen Rappen mehr, als die EWW AG erhalten würde. Die ganze Geschichte wäre also kostenneutral. Die EWW AG ist kein Unternehmen, das den Profit maximieren sollte, um stattliche VR-Löhne auszubezahlen, sondern der Bevölkerung die Stromversorgung sicher und günstig zur Verfügung stellen zu können. Die Gemeinde sollte sich entsprechend dem nationalen Ziel bemühen, einheimische erneuerbare Energie zu fördern. In Wettingen geschieht momentan alles andere als das. Wer dieses Postulat ablehnt, zieht die Subventionierung der EWW AG dem Anreiz zu mehr Solaranlagen vor und arbeitet gegen die nationalen Ziele. Auf die Chance der budgetneutralen Lenkungsmechanismen geht die Antwort des Gemeinderats nicht einmal ein. Das ist widersprüchlich und wenig zukunftsorientiert. Die Umsetzung liegt auf einem Silbertablett vor uns. Lassen Sie es uns jetzt ändern und die Ziele der EWW AG sowie die Energiestrategie aus den Legislativzielen mitbestimmen. Zeigen Sie uns jetzt, dass Ihnen die Dringlichkeit des Klimanotstands wichtig ist und dass Sie Anreize dazu gerne unterstützen.

Benz Andreas: Für die Fraktion CVP ist es unverständlich, dass sich der Gemeinderat dieser Diskussion im tieferen Sinne verwehrt. Klar ist es momentan schwierig zu entscheiden, was wir uns leisten können bzw. dürfen. Ich weiss, das ist ein schwieriger Spagat. Doch hier in diesem Rat haben wir uns dazu bekannt, dass Umweltthemen aktiv und nachhaltig geprüft werden. Es ist nicht ersichtlich, dass sich der Gemeinderat betreffend Photovoltaik weitergehende Überlegungen macht. Die Entschädigung von eingespeistem Strom privater PV-Anlagen ist unterdurchschnittlich und der Anreiz, mehr Strom zu produzieren als man selber brauchen kann, ist nicht vorhanden. Durch die Förderung privater PV-Anlagen auf dem Gemeindegebiet schliesst sich der Kreislauf auch in weiteren Gebieten, da hoffentlich der lokale Gerüstbauer, Dachdecker oder Stromer profitieren würde und wir hätten wirklich lokalen Öko-Strom. Es bleibt für die Fraktion CVP eine verpasste Chance, wenn sich der Gemeinderat dieser Diskussion verwehrt und sich nicht um eine natürlich möglichst kostenneutrale Lösung bemüht. Wir wünschen uns, dass dieses Postulat nicht abgelehnt wird und eine kostenneutrale Umsetzung im Fokus steht.

Lütolf Peter: Im Namen der SVP äussere ich mich zu diesem Postulat. Die Postulanten fordern eine Erhöhung der Einspeisevergütung von bisher 6,57 Rappen pro Kilowattstunde auf neu 12 bis 13 Rappen. Eine Erhöhung um das Doppelte. Aus folgenden Gründen lehnen wir diese Postulat ab: Der Bund hat im Rahmen der INV-18 festgelegt, dass er Kleinanlagen bis 30 Kilowatt fördern will. Diese werden zurzeit mit bis zu 25 % subventioniert. Hinzukommt die Einspeisevergütung der EWW AG von 6,57 Rappen pro Kilowattstunde. Die Relevanzmarktpreise für PV-Anlagen vom 14. Januar 2020 liegen bei 4,47 Rappen. Das ist ein Plus von 47 %. Der Bund legt Relevanzanlagen fest. 5 bis 6 Rappen könnte man vergüten. Auch das ergibt ein Plus von 35 %, welche die EWW AG mehr bezahlt. Wir sind der Meinung, dass mit all diesen Benefits für diese Anlagen genug Anreiz besteht, um als Privater in solche zu investieren.

Rechsteiner Lukas: Über die Energiezukunft wird überall gesprochen. AKWs sollen abgeschaltet und erneuerbare Energien gefördert werden. Nur wenn es um konkrete Massnahmen für die Förderung geht, tun wir uns weiterhin schwer. Wir müssen in Zukunft mehr Solarstrom produzieren und da sind auch die privaten Hausbesitzer gefordert. Diese bauen aber nur Anlagen, die auf ihren Eigenverbrauch ausgerichtet sind. Die Dachflächen werden somit nicht optimal ausgenützt und viel Potential für Solarstrom geht verloren. Die aktuelle Einspeisevergütung ist viel zu tief, nur eine erhöhte Vergütung würde zu einem Umdenken führen. Die Fraktion EVP/Forum 5430 möchte am Postulat festhalten und unterstützt eine Überweisung. Natürlich wäre es auch wünschenswert, dass Personen, die von einer erhöhten Einspeisevergütung profitieren würden, in Momenten geringer Produktion auch Solarstrom beziehen müssten.

Gähler Judith: In der Zwischenzeit ist in uns allen der Reflex geweckt: Atomanlage = böse, Solaranlagen = gut. Wenn es so einfach wäre. Strom bildet eine hochkomplexe Thematik. Leider wird bei diesem Reflex aber nicht fertig oder vernetzt gedacht, wie auch das vorliegende Postulat mit der Forderung nach höheren Einspeisevergütungen zeigt. Mit den PV-Anlagen wird Strom ins Netz eingespeichert, wenn europaweit Strom im Überfluss und deshalb günstig zur Verfügung steht. Also gerade dann, wenn die EWW AG günstigen Strom kaufen könnte, muss sie künftig, falls dieses Postulat angenommen wird, subventionierten Regionalstrom beziehen. Das schmälert den Gewinn der EWW AG und führt schlussendlich zu einer höheren Steuerbelastung. Die Fraktion FDP befürwortet die Energiewende. Solarstrom erachten wir grundsätzlich als eine gute Sache. Wie der Bund sind auch wir daran interessiert, dass der Eigenverbrauch gefördert wird. Das Problem liegt jedoch momentan noch darin, dass der produzierte Strom zu Spitzenzeiten im Sommer und in der Mittagszeit in der Schweiz nicht gespeichert werden kann. Zurzeit sind keine neuen Speicherkraftwerke in Planung. Sie dürfen gerne bei grossen Energiekonzernen nachfragen. Alle Konzerne haben ihre Projekte bezüglich

Wasserkraft und Speichersee sistiert oder gestrichen. Die Wirtschaft forscht, wie man überflüssigen Strom in Wasserstoff umwandeln kann, um anschliessend damit Häuser zu heizen oder sein Fahrzeug aufzuladen. Es wird noch eine Weile dauern, bis diese Produkte marktfähig für den Privathaushalt werden. Spätestens dann will niemand mehr Strom einspeisen. Dann hat man die Möglichkeit, seine eigene Energieversorgung outark zu regeln. Das ist ein Ziel, das wir als FDP verfolgen wollen. Das Postulat stösst leider in eine ganz andere Richtung. Es ist unwirtschaftlich für die EWW AG, unattraktiv für die Steuerzahlenden und nur vordergründig ökologisch. Bei genauerer Betrachtung werden damit Kosten ohne ökologischen Nutzen generiert. Die Fraktion FDP ist deshalb für die Ablehnung dieses Postulats.

Maibach Markus, Vizeammann: Ich danke Ihnen für die Voten und möchte zuerst etwas klar stellen: Die EWW AG ist eine privatwirtschaftliche AG und da kann man nicht einfach die Statuten ändern und in die Tarifoheit eingreifen. Sprich, wir müssten die Leistungsvereinbarung ändern und einen möglichen Gegenwert festlegen. Eine zweite Klarstellung: Es ist tatsächlich so, dass die Einspeisevergütung ein zweckmässiges Instrument ist, schweizweit anerkannt, das die Anreize erhöht, Photovoltaik auszudehnen. Momentan fokussiert sich der Bund auf den Eigenverbrauch. Das ist eine neue Förderstossrichtung, die jetzt mit dieser ZEF umgesetzt wird, bei der sich verschiedene Haushalte zusammenschliessen können. Dafür gibt es Gelder und Anreize. Das ist für die EWW AG neutral, da diese Eigenverbraucher hier outark sind. Was wir da noch anbieten können, sind gewisse Dienstleistungen. Wenn man diese Einspeisevergütung durchführen will, haben wir eine kleine Möglichkeit in den Tarifen, diese zu Lasten der Grundversorgung etwas anzupassen. Dies jedoch nicht in dem Ausmass, in dem es die Postulanten sehen. Das läge im Ausmass von etwa 1,5 bis maximal 2 Rappen. Das ist das, was uns die Stromverordnung vorgibt. Das ist ein kleiner Spielraum und daran kann die EWW AG durchaus arbeiten und ich darf Ihnen sagen, dass wir letztes Jahr die Strategie verdichtet haben und durchaus vorhaben, die Tarife diesbezüglich weiter zu entwickeln. Wir haben ja gleichzeitig auch die Produkte neu aufgestellt. Möchte man also mehr tun, hat das ein Preisschild. Das muss man sich bewusst sein. Man kann es nicht kostenneutral halten. Für die EWW AG kostet es etwas, und dies muss zuerst noch irgendjemand finanzieren. Zuerst sinkt der Gewinn und bekanntlich sind wir an einer hohen Dividende interessiert. Im Moment haben wir eine sehr hohe Dividende. Die Dividende im Verhältnis zum Gewinn liegt bei 80 %. Dies ist deutlich höher als bei anderen EWs. Und dadurch generieren wir Fr. 400'000.00 Einnahmen. Diese Dividendenerwartung kann gesenkt werden, aber dann haben wir weniger Einnahmen, was budgetrelevant ist. Ich glaube alle, die jetzt aufstehen werden, sollen sich von der Kostenneutralität verabschieden und anerkennen, dass es pro Jahr etwas kosten wird. Wir haben es grob beziffert. Es ergibt Fr. 50'000.00, was nur schon die Mitnahmeeffekte sind. Diejenigen, die heute bereits einspeisen, werden Geld erhalten. Wir setzen aber richtige Anreize, damit die Bevölkerung nicht nur Anlagen für den Eigengebrauch, sondern grössere dimensionieren. Das kostet aber auch wieder. Es ist wichtig, dass Sie sich bewusst sind, dass es für die Gemeinde nicht kostenneutral ist. In diesem Sinne bitte ich den Einwohnerrat, Farbe zu bekennen. Eines haben wir als Gemeinderat gelernt: Wir geben das Preisschild bei Vorstössen von Anfang an bekannt.

Die Einspeisevergütung ist also grundsätzlich eine gute Sache. Aus Sicht der EWW AG würden wir jedoch festhalten, dass es noch sinnvollere Verwendungsmöglichkeiten für Gewinnverzicht gibt. Zum Beispiel, dass die EWW AG selber Photovoltaik produzieren, ihre Produkte besser vermarkten, Energiedienstleistungen anbieten und mit Herkunftsnachweisen handeln kann. Daher ist uns dieses Postulat sachlich etwas zu eng gefasst. Deshalb haben wir das Postulat aus Rücksicht auf die Finanzen abgelehnt. Wenn Sie jedoch der Meinung sind, diese Zahlungsbereitschaft zu haben und auch explizit diesen Gewinnverzicht in Kauf nehmen, dann bitte nicht unter der Voraussetzung,

dass wir es an einem anderen Ort einsparen müssen, sondern stehen Sie wirklich dahinter. Seien Sie sich bewusst, dass die Einspeisevergütung nicht nur für ein Jahr Sinn macht, sondern eine Daueraufgabe für mehrere Jahre wird. Man muss es nicht ewig tun, aber aus Sicht der EWW AG gibt es sinnvollere Wege, die Photovoltaik zu fördern.

Wassmer Christian: Ich möchte auf einige Aussagen reagieren. Markus Maibach, ich habe das Gefühl, herausgehört zu haben, dass du der Meinung seist, die EWW AG ist von der Gemeinde abgekoppelt, habe nichts mehr mit ihr zu tun und sei ein privatrechtliches, gewinnorientiertes Unternehmen. Ich möchte erwähnen, dass sich die EWW AG in Gemeindebesitz befindet und du als Verwaltungsratspräsident vertrittst dort die Gemeinde und ich erwarte schon, dass der Wille des Einwohnerrats durch dich an diese Organisation fließt.

Peter Lütolf führte aus, man wolle jetzt die Einspeisevergütung etwa verdreifachen. Beim uns vorliegenden Antrag handelt es sich um einen Prüfauftrag. Der Antrag enthält keinen Betrag. Das heisst, ein solcher muss festgelegt werden. Diejenigen, die sich die Mühe gemacht haben, anhand des VSE-Links zu prüfen, wie die Gemeinde Wettingen im Vergleich zum Rest der Schweiz dasteht, haben festgestellt, dass diese 6,1 Rappen wesentlich unter dem Durchschnitt, liegen. Der Durchschnitt liegt bei ca. 10 Rappen. Man muss nicht unbedingt Basel als Beispiel nehmen, weil dort ganz massiv subventioniert wird.

Wir haben aber Kompensationsmöglichkeiten. Ich sehe beispielsweise nicht ein, wieso der Solarstrom am Tag, wenn die Sonne scheint, teurer sein soll als nachts, wenn sie nicht scheint. Wieso können wir nicht die Wasserkraftwerke nutzen, um tagsüber, wenn die Sonne scheint, einzuspeisen. Dazu benötigen wir jedoch viel Fläche. Im Moment stellen Private genau die Fläche zur Verfügung, die sie für sich selber benötigen, da es nicht attraktiv ist, mehr zu produzieren. Heute noch ist ein Speicher extrem teuer. Wir haben einen Drittel des Dachs mit PV belegt und der Rest ging schlicht flöten. Ich bin der Meinung, dass es sich um ein Potential handelt, welches wir heute sichern müssen. Als ich vor zehn Jahren mein Haus aufgestockt habe, machte ich selber entsprechende Erfahrungen. Damals konnte man noch nicht einspeisen, weshalb ich mich für eine Sonnenkollektoranlage entschieden habe. Nach zehn Jahren wurde das Dach leider undicht und ich musste die ganze Bedachung neu machen lassen. Ich fragte mich ernsthaft, ob ich eine Photovoltaikanlage montieren lassen soll. Ich hätte jedoch nur ca. einen Drittel der Fläche dazu benötigt. Die Offerten der Firmen gehen ungefähr bis zum Wechselrichter und nicht weiter. Ich bräuchte aber auch noch eine Wärmepumpe, um den Strom selber verwenden zu können. Meine Heizung läuft noch. Es ist zwar eine Ölheizung, aber der Ölverbrauch hat sich auf einen Drittel reduziert. Es wäre unsinnig, sie jetzt zu ersetzen, aber in Zukunft werde ich es tun müssen und möchte gerne eine Wärmepumpe installieren. Jetzt habe ich diese Solarzellen aber nicht montieren lassen. Dies ist also schon mal eines der verpassten Geschäfte. Ich bin der Meinung, dass wir für die Zukunft vorsorgen und möglichst viel Fläche aktiv fördern müssen. Ich denke, man kann die Preismodelle so anpassen, dass die Dividende von Wettingen nicht massiv geschmälert wird. Ich fordere Sie also alle dazu auf, an der Zukunft mitzuarbeiten und dieses wichtige Postulat zu unterstützen.

Maibach Markus, Vizeammann: Im Postulat ist festgehalten "Statuten ändern" und "Umsetzung in die Wege leiten" und nicht nur "prüfen". Einfach, damit das klargestellt ist.

Mein Votum möchte ich dahingehend verstanden wissen, dass die Tarifhoheit bei der EWW AG liegt. Als Verwaltungsratspräsident habe ich hier logischerweise eine Rolle inne und ich habe bereits am Anfang erwähnt, dass Optimierungspotential vorhanden ist mit Umschichten und optimierten Tarifen. Daran arbeiten wir. Wir haben nun vor allem die Produkte geändert und möchten abwarten, was passiert. Aber die Postulanten sprechen von 12 bis 13 Rappen und das sind nicht 8 Rappen. Es gibt zwei mögliche

Stufen von Tarifierpassungen und die zweite davon ist nicht kostenneutral. Die erste Stufe ist eine laufende Aufgabe der EWW AG und hier kann ich Ihnen versichern, dass sich die Photovoltaik auf der Agenda befindet.

Scherer Kleiner Leo: Ich komme mit zwei Punkten. Erster Punkt: Was wir in der EWW AG als Einwohnerrat noch mitbestimmen können und was nicht, haben wir hier bis ins hinterste durchgearbeitet, als wir die Rechtsformänderung getätigt haben. Im Prinzip können wir nichts mehr bestimmen. Es ist Sache des Gemeinderats. Der zweite Punkt: Wenn ich hier Grössenordnungen von Fr. 50'000.00, Fr. 100'000.00 oder wie viele Franken auch immer vernehme, würde mich schon interessieren, um wie viel pro Jahr der Geldfluss in die Steuergelderkasse kleiner sein wird, wenn man es tut. Wer von Ihnen allen sagt nun trotz Budgetabstimmung ja dazu?

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 18 Ja- : 26 Nein-Stimmen, folgenden Beschluss:

Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Vergütung Photovoltaik wird überwiesen.

7 Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne, und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Reglement bei freier Vergabe von Gemeindeaufträgen; Ablehnung (2019-1268)

Palit Orun: Wir halten an unserem Postulat fest. Es ist schön zu sehen, dass der Gemeinderat bis Ende Jahr einen Leitfaden für die Vergabe von Gemeindeaufträgen erstellen will. Dies nun endlich nach so vielen Jahren. Auch gut, dass der gesetzeskonforme Einbezug von ortsansässigen Unternehmen im Leitfaden geregelt wird aber in der Begründung fehlt die Aussage, wieso es der Gemeinderat so haben will. Sieht er Schwachstellen bei der Vergabe von Gemeindeaufträgen? Explizit wird die freihändige Vergabe nicht erwähnt. Auch sie gehört in den Leitfaden. Des Weiteren verzichtet der Gemeinderat bewusst auf eine gesonderte Regelung von Auftragsvergaben an Firmen von Mitgliedern des Einwohner- bzw. Gemeinderats. Wir möchten jedoch bewusst, dass auch das im Leitfaden berücksichtigt wird. Ansonsten besteht wirklich die Gefahr einer Vetterliwirtschaft. In diesem Gebiet muss eine hohe Sensibilität gezeigt werden. Auch begründet der Gemeinderat, dass das Instrument der Ausstandspflicht bestehe. Doch in den sechs Jahren, in denen ich im Einwohnerrat tätig bin, wurde es praktisch nie angewendet ausser in der letzten Sitzung beim Fall Gähler und Partner. Dies aber auch nur, weil Martin Fricker und ich in der Pause die Herren Roland Kuster und Christian Pauli darauf hingewiesen haben. Also ein völlig unbrauchbares Instrument. Und wer würde kontrollieren, dass sich die Gemeinderäte in den Ausstand begeben, wenn es sie betrifft? Der einzige Weg ist schlicht mehr Transparenz. Dieses Postulat ist kein Votum gegen die Vermischung von Gewerbe und Politik sondern eines für mehr Transparenz. Die Gemeinde soll das lokale Gewerbe unbedingt berücksichtigen. Damit hat die Bevölkerung ja auch kein Problem. Sie will einfach sicher gehen, dass in Wettingen eine faire Vergabepolitik herrscht und das auch bei der freihändigen Vergabe. Zum Beispiel sollen mehrere Offerten eingeholt werden und die Entscheidungen begründet werden. Niemand möchte in einer Gemeinde wohnen, bei der Intransparenz herrscht. Sonst kommt rasch der Verdacht der "Mauschlerei" auf.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Mit dem Festhalten am Postulat ist die Diskussion eröffnet.

Eckert Angela: Der vorliegende Vorstoss basiert auf den Antworten aus der Interpellation vom 22. Juni 2017. So sei aus dieser ersichtlich, dass Firmen, die mit ca. 17 (Ex)-Einwohnerrätinnen und Ex-Gemeinderäten eng verbandelt seien, Aufträge von der Gemeinde Wettingen erhalten hätten, weshalb eine spezielle Regelung notwendig sei, welche die freihändige Vergabe beinhalte. Wie aus dieser nicht weiter nachvollziehbaren Zahl nun der Vorwurf der Vetternwirtschaft entstehen konnte, erschliesst sich der Fraktion FDP nicht und ist daher als haltlos zurückzuweisen. Zudem funktioniert das Milizsystem nur dank politisch interessierten und engagierten Privatpersonen. Dass diese auf kommunaler Stufe auch im lokalen Gewerbe tätig sind, ist keine Seltenheit. Der nun vorliegende Vorstoss, welcher eine spezielle Regelung für eben solche Personen vorsieht, würde dazu führen, dass sich diese wohl oder übel nicht mehr für ein solches politisches Amt zur Verfügung stellen würden, was wiederum zur Folge hat, dass die Suche nach geeigneten Kandidaten schwieriger wird. Ob so das passive Wahlrecht uneingeschränkt ausgeübt werden kann, ist fraglich. Zudem ist auch zu beachten, dass die geforderte spezielle Regelung für aktive oder ehemalige Mitglieder des Einwohner- und Gemeinderates und deren engen Familienmitglieder wohl auch ein Verstoss der Wirtschaftsfreiheit bedeuten könnte. So sind Eingriffe in die Wirtschaftsfreiheit nur zulässig, wenn sie unter anderem mit den verfassungsmässigen Geboten der Verhältnismässigkeit und der Gleichbehandlung, namentlich von Konkurrenten, vereinbar sind. Mit der geforderten Regelung würde es zu einer unterschiedlichen Behandlung der Konkurrenten kommen, da für jene, welche politisch aktiv sind, andere Voraussetzungen gelten, als für jene, welche nicht politisch aktiv sind. Das Gleiche würde auch für deren Angehörige gelten. Dies alles zum Schaden unseres lokalen Gewerbes, welches den Vorwurf der Vetternwirtschaft nun wirklich nicht verdient hat. Bei genauer Prüfung der Zahlen aus der Antwort zur Interpellation vom 22. Juni 2017 ergibt sich sodann, dass das lokale Gewerbe ohnehin zu wenig berücksichtigt wird. Eine solche Forderung kann daher nicht unterstützt werden. Zudem bedarf ein solcher Eingriff einer gesetzlichen Grundlage, was bei einem internen Reglement nicht der Fall ist. Wir von der Fraktion FDP werden dem Antrag des Gemeinderats folgen und das Postulat ablehnen.

Wassmer Christian: Die Gemeinde Wettingen geht bei der Vergabe von gemeindeeigenen Aufträgen an ortsansässige sowie überregionale Firmen und Organisationen nach den geltenden Submissionsgesetzen und -regelungen vor. Damit kann in dieser Sache Transparenz sichergestellt werden und es bedarf keiner weiteren Reglementierungen. Der Einwohnerrat hat sich verschiedentlich dafür eingesetzt, dass das lokale Gewerbe besser berücksichtigt werden soll. Ich verweise auf die Interpellation 2017-0685 von Orun Palit und Ruth Scheier mit der gefordert wurde, dass so viele ortsansässige Firmen wie möglich von Gemeindeaufträgen profitieren sollen. Offenbar dreht sich die Fraktion GLP grad im Kreis.

Das vorliegende Postulat der Fraktion GLP verunglimpft verdiente Personen und Firmen aus Wettingen mit Unterstellungen ohne jegliche Fakten. Ich kann mich gut daran erinnern, dass beispielsweise der ehemalige Gemeinderat Daniel Huser in den Ausstand trat, als Bauland behandelt wurde und es gibt weitere Beispiele. Wir wehren uns gegen diese Diffamierung und fordern Fakten, sollten irgendwelche Unregelmässigkeiten vorgekommen sein. Wir sehen einen klaren Vorteil darin, unser lokales Gewerbe mit Aufträgen seitens Gemeinde Wettingen zu unterstützen. Der Umsatz soll in Wettingen bleiben und kommt ja über die Steuereinnahmen auch wieder zurück.

Fischer-Lamprecht Lutz, Vizepräsident Einwohnerrat: Ich entschuldige mich dafür, als Vizepräsident das Wort ergreifen zu müssen, aber es steht die Behauptung im Raum, die Ausstandspflicht werde nicht eingehalten, mit Ausnahme des Beispiels von Judith Gähler. Gegen diesen Vorwurf möchte ich mich verwahren. Als ich dem Verwaltungsrat des St. Bernhards angehörte und hier der Baurechtsvertrag verhandelt wurde, ging ich

selbstverständlich in den Ausstand. Ich finde, bevor man Behauptungen in den Raum stellt, soll man genau hinschauen, wie es gehandhabt wird.

Wolf Thomas: Wir von der Fraktion SVP unterstützen grossmehrheitlich den Entscheid der Fraktion GLP, dieses Postulat aufrecht zu erhalten. Dies rein zum Postulat, zu den genannten Vorwürfen möchte ich mich nicht äussern. Bei der Ablehnung wird erwähnt, dass sich ein Leitfaden in Erarbeitung befinde und wir fragen uns, wieso der Gemeinderat im Sinne der Transparenz nicht mehr Informationen über dessen Inhalt Preis gegeben hat oder gibt. Immerhin wird bereits seit November 2019 an der Neugestaltung des Beschaffungsprozesses gearbeitet.

Scherer Kleiner Leo: Eine kurze Frage an Orun Palit: Bin auch ich ein Teil der Bevölkerung? Du hast die Bevölkerung erwähnt. Mich hast du aber nicht gefragt. Wie kommst du also dazu, solche Äusserungen zu tätigen?

Kuster Roland, Gemeindeammann: Ich mache keinen Hehl daraus und danke all jenen, die diese Forderung ablehnen. Ich möchte zwei Sachen dazu festhalten. Im Grunde der Dinge ist das Beschaffungswesen der öffentlichen Hand in mehreren Reglementen und Verordnungen niedergeschrieben. Dass wir hier der Vetternwirtschaft preisgegeben seien, muss ich zurückweisen. Wenn der Gemeinderat nach einer Ausschreibung eine Arbeitsvergabe tätigt und zum Beispiel ein Gemeinderat davon betroffen ist, geht er in den Ausstand, was im Protokoll festgehalten wird.

Zum Leitfaden: Wir haben das Beschaffungswesen - so viel auch zur Veränderungsbereitschaft des Gemeinderats - vollständig neu organisiert. Bis jetzt beschaffte jede Abteilung dezentral. Jede Abteilung beschaffte, was sie in ihrem Ressort benötigte. Die Neuorganisation des Beschaffungsprozesses war übrigens ein Teilprojekt von LOVA 2. Deshalb entschieden wir uns für eine Organisation, die bündelt und konzentriert - so, wie ein Beschaffungsprozess auch in einer Unternehmung funktioniert. Dazu war eine Schulung der Mitarbeitenden erforderlich. Es muss beispielsweise bis zur Lehrerschaft und zu den Schulleitungen funktionieren. Das ergibt einen grösseren Schulungsaufwand. Und genau das muss in einem Leitfaden geregelt werden. Man muss definieren, wer welche Kompetenzen innehat und wer zu verschiedenen Themen was bündeln und konzentrieren kann. Sie werden im Rahmen der Rechnungsprüfung 2019 feststellen, dass wir bereits erste Erfolge vorweisen dürfen. Das Beschaffungswesen haben wir der zentralen Stabsorganisation Informatik übertragen. Sie eignet sich sehr gut, um solche Pilotprojekte zu behandeln und hat auch die Chance, sich die digitalisierte Welt zu Nutzen zu machen, damit der Beschaffungsprozess mit modernen Hilfsmitteln funktioniert. Das ist der Inhalt dieses Leitfadens bzw. wird es werden. Er hat nicht zur Idee, ein vollständig neues Reglement zu definieren, nebst dem Submissionsrecht und der Ausstandspflicht, die es bereits gibt, sondern liefert unseren Gemeindemitarbeitenden Vorgaben, wie wir das Beschaffungswesen bei uns in der Gemeinde organisieren wollen.

Der letzte Punkt: Man muss sich mal überlegen, wie viele Firmen betroffen sind. Ich nenne nur mal die Sanitärgeschäfte. Betrachten Sie all die bekannten Sanitärfirmen in Wettingen, ohne sie namentlich zu nennen. Stellen Sie sich vor, wer von ihnen alles schon Aufträge der Gemeinde erhalten hat. Wenn man sie nun alle auslassen würde, sie speziell und separat behandeln würde, wüsste ich nicht, ob je noch eine Sanitär aus Wettingen zum Zuge käme. Der Gemeinderat bittet Sie, das Postulat klar abzulehnen.

Wolf Thomas: Ich habe noch einen Nachtrag. Ihr hackt hier auf dem Wort Vetterliwirtschaft rum und wer was gesagt haben soll. Ich möchte festhalten, dass gesagt wurde "um den Ruf der Vetternwirtschaft zu vermeiden" und nicht, dass es tatsächlich eine Vetternwirtschaft gibt. Ich finde das, was Sie nun hier betreiben, doch etwas sehr

spitzfindig. Leo Scherer präziserte es zusätzlich unter einem anderen Aspekt. Es geht um dieses Postulat und Orun Palit will lediglich vermeiden, meint es nur gut.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 32 Ja- : 11 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Das Postulat Palit Orun, Ernst Manuela, Hiller Yvonne, und Scheier Ruth Jo., alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Reglement bei freier Vergabe von Gemeindeaufträgen wird abgelehnt.

8 Postulat Fraktion FDP vom 9. Dezember 2019 betreffend Sportkoordinationsstelle Wettingen; Überweisung (2019-1584)

Gähler Judith: Die Fraktion FDP bedankt sich beim Gemeinderat für die Entgegennahme des Postulats und ist gespannt auf die Umsetzung. Aus der Beantwortung der Interpellation, dem heutigen Traktandum 9, interpretieren wir, dass bereits heute einige interne Ressourcen bestehen, die optimiert werden könnten.

Rey Philippe, Gemeinderat: Der Gemeinderat nimmt dieses Postulat sehr gerne entgegen. Es zeugt von Sportgeist, den wir ja in Wettingen haben, und in diesem Sinne werden wir es gerne zu gegebener Zeit dazu Stellung nehmen.

Benz Thomas: Da man scheinbar keinen Antrag auf Diskussion stellen darf, stelle ich einen auf Ablehnung. So können wir darüber diskutieren.

Scherer Kleiner Leo: Wir verhandeln ein Postulat und keine Interpellation. Wenn sich ein Postulat auf der Traktandenliste befindet, ist es traktandiert. Wenn der Antrag des Gemeinderats Ablehnung lautet, sollte es meiner Meinung nach selbstverständlich sein, dass man diskutieren kann. Wenn er Entgegennahme lautet kann es sein, dass dies stillschweigend geschieht. Bei einer Ablehnung müssen Sie damit rechnen, dass es Meinungsäusserungen geben wird und hier ist sicher auch der Ort, wo sie geäussert werden dürfen.

Christian Pauli, Einwohnerratspräsident: Im Normalfall ist ein Antrag erforderlich, auch bei einem Postulat. Ich verweise erneut auf die Dokumente, die an jede Einwohnerrätin und jeden Einwohnerrat verschickt wurden. Lesen Sie diese wieder einmal durch. Zuerst haben die Postulanten das Wort, danach der Gemeinderat oder Gemeindeammann und anschliessend muss ein Antrag folgen. Ansonsten gibt es keine Diskussion.

Benz Thomas: Ich entschuldige mich, dass ich das alles nicht eingehalten habe und werde die Unterlagen zu Hause nochmals durchlesen. Ich habe aber das Gefühl, zu diesem Thema muss noch etwas gesagt werden. Es ist schon speziell, wir hatten eine Budgetablehnung und es wurden sehr viele Worte dazu geäussert. Bis jetzt höre ich aber überall nur heraus, wo man nicht sparen will und auch heute wieder, wo man noch mehr ausgeben oder neue Ideen umsetzen könnte. Ich finde es speziell, vor allem auch von denjenigen, die gefeiert haben, als das Budget abgelehnt wurde. Die Fraktion CVP anerkennt das Bedürfnis nach dieser Koordinationsstelle. Es ist klar, dass sie ohne Zweifel wünschenswert wäre. Wünschenswert - definitiv. Es kann aber im Moment nicht sein, dass wir über neue, wünschenswerte Stellen diskutieren. Auch wenn sie evtl. in der Startphase vom Kanton noch teilweise subventioniert würden. Müssen wir jetzt wirklich Energie und später Geld investieren in neue Stellen, die wir hier aufbauen? Ein Teil der

Fraktion war auch der Überzeugung, dass es einen Antrag auf Ablehnung dieses Postulats braucht. Den wollte ich hier zuerst nicht stellen, musste jedoch, um ein Votum abhalten zu dürfen. Im Vorfeld, aber auch im Postulat wurde immer wieder gefordert, dass es kostenneutral erfolgen müsse. Das wäre für uns die absolute Mindestbedingung, um einer solchen Stelle überhaupt zustimmen zu können. Aber kostenneutral bedeutet ja auch, dass man an einer anderen Stelle spart. Statt aber mal zu sparen, um es für den Schuldenabbau zu verwenden, investieren wir bereits wieder in neue Projekte.

Ich halte an meinem Antrag auf Ablehnung fest. Ich weiss wirklich nicht, ob wir den richtigen Entscheid fällen, wenn wir heute schon wieder neue Themen in Angriff nehmen, auch wenn diese wünschenswert wären. Vielen Dank für die Unterstützung, zumindest von denjenigen, die auch in Zukunft an einen oder anderen Ort sparen wollen.

Meier Stefan: Wo bzw. zu welcher Anlaufstelle wollen wir unsere Jungen schicken, gerade wenn es um den Sport geht? Gerade wir, die es uns verschrieben haben, etwas für die Jungen zu tun. Ich finde es sehr schade, dass es nun einen Gegenantrag gibt. Ich bin der Meinung, dass wir uns nun zuerst anhören sollen, was uns unter Traktandum 10 erzählt wird. Wo können wir unsere Jungen hin verweisen? Wir benötigen eine Anlaufstelle bzw. diese Koordination. Hier ist nun also kein Geld hinausgeworfen.

Palit Orun: Thomas Benz, betreffend Ablehnung des Budgets sprachst du wahrscheinlich mich wie auch die Fraktion SVP an. Vielleicht erinnerst du dich daran, dass ich einen Vorschlag, wie man es kostenneutral umsetzen könnte, vorgebracht habe. Ich beantragte eine Kürzung von Fr. 25'000.00 bei der Kultur, was aber keine Mehrheit fand. Das möchte ich hier noch klar stellen.

Ernst Manuela: Wir nennen uns Sportstadt, haben aber keinen Sportkoordinator. Das ist doch schizophren. Ich möchte hier nochmals erwähnen, dass die Person, die 300 Freiwilligenstunden pro Jahr für die Hallenkoordination leistet, eurer Partei angehört. Wie könnt ihr das ihm gegenüber rechtfertigen?

Benz Thomas: Ging es vorher nicht um die Vetternwirtschaft?

Manuela Ernst: Ich finde, dabei handelt es sich nicht um eine Begünstigung. 300 Freiwilligenstunden! Wer erledigt diese Arbeiten, wenn er nicht mehr dazu bereit ist? Ich greife nicht eure Partei an. Ich möchte nur wissen, wie ihr es ihm gegenüber rechtfertigen wollt.

Wolf Thomas: Thomas Benz, du hast Recht. Nach all den Diskussionen um das Budget und ums Sparen müssen wir nicht auch noch über eine solche Stelle sprechen. Gut, es ist vielleicht ein Bedarf vorhanden. Man kann ihn aber trotzdem auch kostenneutral schaffen. Das kann man. Der Kanton unterstützt eine solche Stelle finanziell. Somit ist es für die Fraktion SVP kein Problem. Ein Sportkoordinator kann in der Gemeinde geschaffen werden, aber dann muss es, egal wie viele Stellenprozente der Person für diese Arbeiten zur Verfügung stehen, irgendwo wieder ausgeglichen werden. Es gibt Wege, mit denen das funktioniert.

Benz Thomas: Gedenkt der Gemeinderat, dieses Postulat kostenneutral umzusetzen?

Rey Philippe, Gemeinderat: Danke für diese spannende Frage. Sie ist etwa so spannend wie die, ob man schon mal versucht hat, im Sportgeschäft Wander- in Sportschuhe umzutauschen. Spass bei Seite. Selbstverständlich werden wir versuchen, es so zu berechnen, dass es möglichst kostenneutral ausfallen wird. Ob dies der Fall sein wird oder nicht, kann ich heute noch nicht beurteilen. Der Auftrag lautet, genau das auszurechnen und Ihnen vorzulegen. Der heutige Auftrag ist nicht, darüber

abzustimmen, ob man eine Fachstelle möchte oder nicht, sondern nur, dem Gemeinderat den Auftrag zu erteilen, es zu berechnen. Das machen wir sehr gerne.

Abstimmung

Der Einwohnerrat fasst mit 35 Ja- : 8 Nein-Stimmen, bei einer Enthaltung, folgenden Beschluss:

Das Postulat Fraktion FDP vom 9. Dezember 2019 betreffend Sportkoordinationsstelle Wettingen wird überwiesen.

9 Interpellation Scheier Ruth Jo., Palit Orun, Ernst Manuela und Hiller Yvonne, alle GLP, vom 5. September 2019 betreffend Verkehrsberuhigung Märzengasse; Reduktion des Schleichverkehrs; Beantwortung (2020-0099)

Ruth Scheier: Vorabschicken muss ich, dass wir diese Anfrage aufgrund eines Hinweises aus einem Teil der Bevölkerung einreichten, nämlich den Betroffenen, die an der Märzengasse wohnen und somit von der Verkehrsbelastung betroffen sind. Deshalb leite ich nun mehr oder weniger auch deren Antwort an Sie weiter. Sie danken für die umfangreiche Beantwortung der Interpellation. Sie sind aber auch etwas enttäuscht darüber, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, konkreter darauf einzugehen. Sie fühlen sich nicht so richtig ernst genommen, wenn in der Beantwortung eine Nummernschildererhebung aus dem Jahr 2006 zitiert wird. Aus ihrer Sicht wäre Tempo 30 in der Märzengasse sehr gut umsetzbar und zwar, wie in der Interpellation bereits erwähnt, praktisch ohne Nachteile. Ein kleiner Hoffnungsschimmer bildet aber immerhin noch folgender Satz der Beantwortung: "Eine Massnahme, die als Legislaturziel des Gemeinderats festgehalten ist, sieht dabei vor, mit der Umsetzung des Hochwasserschutzprojekts den Kreuzungsbereich Märzengasse / Aeschstrasse als Platz umzugestalten und in eine Tempo 30-Zone oder Begegnungszone umzuwandeln." Das wird sehr begrüsst. Die Anwohner erwarten selbstverständlich, dass es zu gegebener Zeit auch wirklich umgesetzt wird.

Für uns ist der Prozess somit abgeschlossen, die Beantwortung hat stattgefunden. Die Anwohner werden vermutlich in nächster Zeit eine Petition starten.

10 Interpellation Ernst Manuela, GLP, vom 30. Januar 2020 betreffend Sportkoordinator; Beantwortung (2019-1267)

Ernst Manuela: Ich danke dem Gemeinderat für die rasche Beantwortung meiner Interpellation. Das bestätigt mir eine gewisse Dringlichkeit seitens Gemeinderat. Die Beantwortung der Interpellation beantwortet gleichzeitig die meisten Fragen in Zusammenhang mit dem Postulat betreffend Koordinationsstelle. Für mich bestätigt es einmal mehr meine an der Budgetsitzung getätigten Aussagen. Die Situation ist für die Sportvereine unbefriedigend, es ist mühsam, so viele Anlaufstellen zu haben und der Aufwand, der momentan ja nur das Minimum abdeckt, erfüllt alleine schon ein 50 % Pensum. Wenn man sich schon Sportstadt nennen und damit brillieren will, darf es doch auch etwas mehr als nur das Minimum sein. Weil mit dem Minimum wird man bestimmt nicht als Sportstadt wahrgenommen.

Pauli Christian, Einwohnerratspräsident: Wir sind am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich bedanke mich herzlich für die Zusammenarbeit. Die nächste Sitzung findet am 14. Mai 2020 statt. Ich wünsche Ihnen schöne Frühlingsferien. Geniessen Sie diese Zeit.

Schluss der Sitzung: 21:15 Uhr

Wettingen, 12. März 2020

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident



Christian Pauli

Gemeindeschreiberin



Barbara Wiedmer